



Niederschrift

über die Sitzung des Sozial- und Gleichstellungsausschusses 07/2003-2008 am 17.02.2005 im Sitzungsraum 1.22 des Rathauses

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.35 Uhr

Anwesend:

stellv. Ausschussvorsitzende	Margitta Neumann (f. AV Doris Baum)
Ausschussmitglied	Elisabeth von Bressensdorf
stellv. Ausschussmitglied	Gudrun Hohn (f. AM Patrick Luner)
stellv. Ausschussmitglied	Karin Honerlah (f. stellv. AV Margitta Neumann)
Ausschussmitglied	Robin Mieth
	Heide Rauen
	Detlef Reinke
	Jörg Schlömann
	Kai Schmidt
	Karsten Sprogö (ab 18.10 Uhr, noch TOP 2)
	Christiane Sülau
ferner	Bürgervorsteher Joachim Süme
seitens der Verwaltung	Bürgermeister Dornquast
	Frau Horn, Gleichstellungsbeauftragte
	Herr Böge
	Herr Gädigk (bis TOP 6)
	Frau Hoppe als Protokollführerin
entschuldigt fehlen	Ausschussvorsitzende Doris Baum
	Ausschussmitglied Patrick Luner

Bürgermeister Dornquast verliest ein Schreiben der Kripo Norderstedt. Diese teilt mit, dass am 17.2.2005 die Statistikzahlen für 2004 veröffentlicht werden und vermutlich bis Ende Februar 2005 auch die Zahlen für den Bereich der Polizeiinspektion Bad Segeberg bekannt gegeben werden. Aus Sicht der Kripo ist es sinnvoller über dieses aktuelle Zahlenmaterial zu berichten.

Die Ausschussmitglieder schließen sich dieser Überlegung an. Der Tagesordnungspunkt 4 wird bis zur nächsten Ausschusssitzung vertagt.

Die CDU Fraktion beantragt die Absetzung der Tagesordnungspunkte 10 b, 10 c, 10 d aufgrund der Änderung des § 5 der Hauptsatzung sowie die Absetzung des Tagesordnungspunktes 10 g, da dieser ebenfalls nicht in den Aufgabenbereich des Sozial- und Gleichstellungsausschusses fällt.



Beschluss: Die Tagesordnungspunkte 10 b, 10 c, 10 d und 10 g werden von der Tagesordnung abgesetzt, da der Sozial- und Gleichstellungsausschuss nicht zuständig ist.

Beschlussfassung: 10 Stimmen dafür
1 Stimme dagegen (Frau Honerlah)

Es wird somit über folgende Tagesordnung beraten:

1. **Verpflichtung eines bürgerlichen Ausschussmitgliedes**
2. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
3. **Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gleichstellungsausschusses 6/2003-2008 am 26.08.2004**
4. **Raumprogramm für die Schlichtwohnungen**
5. **Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren und Benutzungsordnung für die Obdachlosenunterkünfte**
6. **Informationen zu Hartz IV**
- Antrag der SPD Fraktion
7. **Berichtswesen**
 - a) **Entwicklung der Sozialdaten (Jahresdaten 2004)**
 - b) **Obdachlosenentwicklung**
 - c) **Aussiedlerentwicklung**
 - d) **Asylbewerberentwicklung**
 - e) **Berichte der Sozialberatungsstellen, 2. Halbjahr 2004**
8. **Besuchstermin Schlichtwohnungen, Aussiedler- und Asylbewerberunterkünfte**
- Antrag der SPD Fraktion
9. **Unterrichtungen/Anfragen**
 - a) **Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes – TAG**
 - b) **Fortschreibung Gleichstellungsförderplan**
 - c) **Einrichtung einer Ausbildungsbetreuungssprechstunde**
10. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**



Zu Punkt 5 (neu) der Tagesordnung:

„Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren und Benutzungsordnung für die Obdachlosenunterkünfte“

Bürgermeister Dornquast erläutert die Vorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss: **Der Sozial- und Gleichstellungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung die Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren und Benutzungsordnung für die Obdachlosenunterkünfte in der Gemeinde Henstedt-Ulzburg gemäß Vorlage zu beschließen.**

Beschlussfassung: **einstimmig**

Zu Punkt 6 (neu) der Tagesordnung:

„Informationen zu Hartz IV“

- Antrag der SPD Fraktion

Bürgermeister Dornquast erläutert die Verwaltungsvorlage.

Er erklärt, dass bezüglich der geplanten Erhöhung der Kreisumlage noch keine Entscheidung getroffen wurde.

Er führt weiter aus, dass das Arbeitslosengeld II monatliche Pauschalen für einmalige Leistungen (Bekleidung und ähnliches) enthält. Dieses im Vergleich zur bisher gezahlten Sozialhilfe höhere Monatseinkommen kann im Bereich der Kindertagesstätten dazu führen, dass bei Anwendung der geltenden Sozialstaffel geringere Gebührenermäßigungen gewährt werden. Der Jugendwohlfahrtsausschuss des Kreises wird sich anlässlich seiner nächsten Sitzung mit dieser Problematik befassen.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass eine Mitarbeiterin des FB 2 zum Leistungszentrum gewechselt ist. Hierfür erhält die Gemeinde eine pauschale Kostenerstattung.

Unter den Ausschussmitgliedern besteht Einvernehmen darüber, dass eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter des Leistungszentrums gebeten werden soll, anlässlich einer der nächsten Sitzungen einen ersten Erfahrungsbericht abzugeben.

Zur Beschäftigung von Arbeitslosengeldempfängern erklärt Bürgermeister Dornquast, dass die gemeindlichen Vorschläge mitwirkungsbedürftig sind. Das bedeutet, dass sowohl der Personalrat als auch die Gleichstellungsbeauftragte hierzu Stellung nehmen müssen. Erst wenn Einvernehmen zwischen den Beteiligten erzielt ist, erfolgt die Unterrichtung des Ausschusses.

Die Durchführung der Maßnahmen kann seitens des Leistungszentrums frühestens im April 2005 beginnen.



Zu Punkt 7 (neu) der Tagesordnung:
„Berichtswesen“

Die entsprechenden Berichte liegen den Ausschussmitgliedern bereits vor.

Ergänzend wird folgendes mitgeteilt:

a) Entwicklung der Sozialdaten (Jahresdaten 2004)

Anträge auf Gewährung einmaliger und laufender Sozialhilfeleistungen

<u>2004</u>	<u>2003</u>
473	476

Anträge auf Gewährung von Wohngeld

<u>2004</u>	<u>2003</u>
1.375	1.303

e) Berichte der Sozialberatungsstellen

Es wird bis zur Erstellung des Halbjahresberichtes 2005 geklärt, wie die Anzahl der Hilfeempfänger im Berichtsbogen zu erfassen sind.

Bezüglich der Anmerkungen des Diakonischen Werkes wird folgendes mitgeteilt: Alle Beratungsstellen wurden vom Sozial- und Gleichstellungsausschusses am Entwurf des Berichtsbogens beteiligt. Allen wurde das endgültig beschlossene Muster des Berichtsbogens übersandt. Dieses erfolgte an den jeweiligen Träger der Einrichtung.

Herr Schmidt schlägt vor, dass die Beratungsstellen dem Ausschuss persönlich einmal jährlich über ihre Tätigkeit berichten.

Zu Punkt 8 (neu) der Tagesordnung:

„Besuchstermine Schlichtwohnungen, Aussiedler- und Asylbewerberunterkünfte“

- Antrag der SPD Fraktion

Herr Schmidt erläutert, dass sich der Antrag nur auf die gemeindlichen Unterkünfte bezieht.

Der Vorschlag von Frau von Bressensdorf, die Termine auf 18.00 Uhr zu verlegen, findet die Zustimmung der Ausschussmitglieder.



Beschluss: Die Besuche der gemeindlichen Unterkünfte finden an folgenden Terminen statt:
16.06.2005 – Unterkunft Heideweg,
18.08.2005 – Unterkunft Edisonstraße,
17.11.2005 – Unterkunft Lindenstraße.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 9 (neu) der Tagesordnung:

„Unterrichtungen/Anfragen“

a) Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes - TAG

Bürgermeister Dornquast erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen darüber, dass in den nächsten Jahren von einem steigenden Bedarf an Krippenplätzen neben den bestehenden Tagespflegeplätzen auszugehen ist. Als familienfreundliche Gemeinde sollte Henstedt-Ulzburg darauf vorbereitet sein. Deshalb wird nach vorliegender Landesregelung zur Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes die Verwaltung gebeten, dieses Thema erneut für den Ausschuss aufzubereiten einschließlich der Erklärung von Möglichkeiten zur Ermittlung des täglichen Bedarfs an Krippenplätzen.

Der Vorschlag von Frau Honerlah, zur nächsten Sitzung eine Mitarbeiterin des Vereins „Tagespflege Norderstedt e.V.“ einzuladen, findet die Zustimmung aller Ausschussmitglieder

b) Forschreibung Gleichstellungsförderplan

Frau Horn teilt mit, dass der Gleichstellungsförderplan voraussichtlich im April dem Hauptausschuss vorgelegt wird.

c) Einrichtung einer Ausbildungsbetreuungssprechstunde

Bürgermeister Dornquast erläutert die Verwaltungsvorlage.

Herr Schmidt schlägt vor, dass sich die Verwaltung direkt an das Ministerium wenden sollte, wenn das b.f.w. in diesem Quartal nicht tätig wird.

Zu Punkt 10 (neu) der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Die Anfrage des Herrn Lübker betrifft die Kindertagesstätte Kranichstraße. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende erklärt, dass dieses Thema nicht mehr in den Zuständigkeitsbereich dieses Ausschusses gehört.



In diesem Zusammenhang wurde von der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden angemerkt, dass es wünschenswert gewesen wäre, wenn der Sozial- und Gleichstellungsausschuss (evtl. zusammen mit dem Kultur- und Jugendausschuss) bezüglich der Änderungen des §5 der Hauptsatzung einbezogen worden wäre.

Es werden keine weiteren Fragen durch die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

gez. Margitta Neumann
(Stellv. Ausschussvorsitzende)

gez. Hannelore Hoppe
(Protokollführerin)

gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)



An die
Damen und Herren
des Sozial- u.
Gleichstellungsausschusses

24558 Henstedt-Ulzburg

Telefon: 04193 / 963-0
Telefax: 04193 / 963-190
Internet: www.henstedt-ulzburg.de

Auskunft erteilt: Frau Hoppe
Zimmer: 0.09
Durchwahl: 963-230

Patenschaft für das
Kirchspiel
Vrchow/Pommern
Partnerschaften
Rathauspla

Usedom/
Mecklenburg-
Vorpommern
Wierchow/Polen

Ihre Nachricht vom / Zeichen
Zeichen

Mein Schreiben vom /
Henstedt-Ulzburg
- 11- hp/me


Mo.-Fr. 08.00-12.00 Uhr
Do. auch 14.00-18.00 Uhr
02.03.2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegend wird der Halbjahresbericht des DRK zur Kenntnis gegeben.

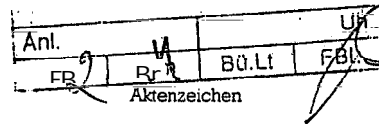
Allen Beratungsstellen wurde zwischenzeitlich ein Berichtsbogen inklusive Erläuterungen übersandt. Ein entsprechendes Muster ist ebenfalls beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen im Auftrag
Anlage


(Hoppe)

Gemeinde Henstedt - Ulzburg -
Der Bürgermeister -
Rathausplatz 1

24558 Henstedt - Ulzburg



1 Sozialarbeit

c
i Beantwortung bitte angeben

Ihr Schreiben	Ihr Zeichen	Bearbeiter/in	Durchwahl	Anlage	Datum
		Herr Schanz	992 - 30		21. Februar 2005

Mall: sozialarbeit@drk-segeberg.de

Bericht über die Beratungstätigkeit

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit diesem Schreiben erhalten Sie den Bericht unserer Beratungsstelle in der DRK
Sozialstation in Henstedt - Ulzburg.

Da wir von dem Beschluss des Ausschusses nicht unterrichtet waren und erst durch Kontakt
mit einer anderen Beratungsstelle von der beschlossenen Berichtspflicht erfahren haben, bitten wir
um Verständnis, dass wir unsere Angaben erst verspätet machen und einige Zahlen uns nicht
vorliegen, weil sie nicht im Voraus erhoben wurden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Schanz', written in a cursive style.

Hartmut Schanz
Abteilungsleiter

Anlage

Name und Anschrift der Beratungsstelle: DRK Sozialstation, Schulstraße 5, 24558 Henstedt-Ulzburg

Bericht über die Beratungstätigkeit* im 2. Halbjahr 2004

Beratungsangebote (konkrete Angaben zum Anlass der Beratungen)	Anzahl der Beratungen	Anzahl der Beraterinnen		davon volljährige Personen	davon		Durchschnittliche Dauer der Beratung (auf ¼ Stunden gerundet)	Anschlussberatungen	Weitervermittlung an/von anderen Institutionen, Verbänden, Behörden	Kooperation mit Institutionen, Verbänden, Behörden	Begleitungen bei Behördenbesuchen	Unterstützung bei einzuleitenden Antrags-, Widerspruchs- und Klageverfahren
		w	m		Anzahl	Persönliche Beratungen						
Laienheifer s. Anlage	165 plus 25 Hausbesuche			165	41	50		74	/.	In Arbeitskreisen	/.	/.

Zusätzlich wurde in _____ Fällen eine Auskunft * erteilt

* Beratungen sind Gespräche mit Ratsuchenden, wenn diese Probleme im Lebensumfeld schildern und die Berater/innen inhaltlich auf diese detailliert mit Empfehlungen bzw. Ratschlägen eingehen. Auskünfte sind lediglich Hinweise auf zuständige Beratungsstellen, Behörden oder sonstige Angebote.

Name, Anschrift der Beratungsstelle: _____

Bericht über die Beratungstätigkeit* im Halbjahr 200_

1 Beratungsangebote (Konkrete Angaben zum Anlass der Beratungen)	2 Anzahl der Beratungen	3 Anzahl der Beratenden		4 davon volljährige Personen		5 davon		6 Durchschnittl. Dauer der Beratungen (auf ¼ Std. gerundet)		7 Anschluss- beratungen	8 Weiter- vermittlung an/von andere/n Institutionen, Verbänden, Behörden	9 Kooperation mit Institutionen, Verbänden, Behörden	10 Beglei- tungen bei Behörden- besuchen	11 Unterstützung bei einzuleitenden Antrags-, Wider- spruchs- u. Klageverfahren			
		w	m	Anzahl	persönliche Beratungen	telefonische Beratungen	Min.	Std.	Anzahl						Anzahl	Anzahl	Anzahl

z.B. Wohngeld
Hartz IV

Erst-
malig

Aufschlüsselung der Spalte 2

Bezogen auf
Gesamtbe-
ratungen
Spalten 2 + 7

Folgebe-
ratungen
zusätzlich
zur Spalte 2

Bezogen auf Gesamtberatungen
Spalte 2 + 7

Zusätzlich wurde in _____ Fällen eine Auskunft* erteilt.

*Beratungen sind Gespräche mit Ratsuchenden, wenn diese Probleme im Lebensumfeld schildern und die Berater/innen inhaltlich auf diese detailliert mit Empfehlungen bzw. Ratschlägen eingehen. Auskünfte sind lediglich Hinweise auf zuständige Beratungsstellen, Behörden oder sonstige Angebote.